

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Frank Sitta, Mario Brandenburg (Südpfalz), Manuel Höferlin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/22182 –

Verwaltung und Behörden zu starken Dienstleistern machen – Strategie für den Einsatz künstlicher Intelligenz vorlegen

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Manuel Höferlin, Stephan Thomae, Mario Brandenburg (Südpfalz), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/26538 –

Datenpolitik für Selbstbestimmung, Wettbewerb und Innovation

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Mario Brandenburg (Südpfalz), Frank Sitta, Manuel Höferlin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/27814 –

Staatliche Daten verwenden – Wohlstand durch Datenreichtum gewinnen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Fraktion hebt die rasante Entwicklung der Künstlichen Intelligenz, gerade in der Privatwirtschaft, hervor. Die deutsche Verwaltung sei hingegen noch nicht hinreichend digitalisiert. Digitalisierung der Verwaltung biete die Möglichkeit, den Bürgerkontakt, den Online-Auftritt von Behörden sowie verwaltungsinterne Arbeitsabläufe zu optimieren, zu erleichtern und zu vereinheitlichen. Der Staat sei aus Artikel 41 der Europäischen Grundrechtecharta verpflichtet, den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verpflichtet, eine schnelle, effektive und bürokratiearme Verwaltung im Sinne eines modernen Dienstleisterstaats zu gewährleisten.

Sie fordert die Bundesregierung daher insbesondere auf, eine digitale Strategie für die öffentliche Verwaltung zu erarbeiten, die als Grundlage für die Nutzung von digitalen Prozessen von den einzelnen Behörden herangezogen werden kann. Dabei sollen die Autonomie, die informationelle Selbstbestimmung, der Datenschutz und die Menschenrechte durch den Einsatz und die Nutzung digitaler Prozesse für Verwaltungszwecke gewahrt werden.

Zu Buchstabe b

Für die Fraktion der FDP stehen Daten als zentrales Wirtschaftsgut, Quelle der Inspiration sowie Ursprung politischer Macht und gesellschaftlicher Teilhabe im Zentrum der zukünftigen Freiheitsfragen. Eine zukunftsfähige Datenpolitik müsse daher insbesondere die Bereiche Datenautonomie, Datenökonomie sowie Daten als Innovationstreiber im Blick haben.

Sie fordert die Bundesregierung auf, zeitnah umfangreiche Maßnahmen nach Maßgabe des Antrags umzusetzen, um wichtige Weichenstellungen im Bereich der Datenpolitik nicht in die nächste Legislaturperiode zu verschieben.

Zu Buchstabe c

Die Fraktion der FDP weist darauf hin, dass der Staat steuerfinanziert enorme Mengen an Daten gesammelt habe. Um eine Innovationslandschaft und effizientere Ressourcennutzung zu fördern, habe der Staat diese aufbereiteten Daten allen Bürgern, Unternehmen und Forschern zur Verfügung zu stellen. Das Bereitstellen von offenen Daten – open data – könne neue Möglichkeiten im Rahmen der sozialen Teilhabe und der Bildung schaffen, wodurch Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen und zu einem Innovationsstandort in Europa heranwachsen könne.

Sie fordert die Bundesregierung insbesondere auf, das Informationsfreiheitsgesetz zu einem echten Bundestransparenzgesetz nach Vorbild des Hamburger Transparenzgesetz (HmbTG) weiterzuentwickeln, § 12a des eGovernment-Gesetz dahingehend zu ändern, dass ein Rechtsanspruch auf Datenzugang besteht und in allen Behörden und Ministerien einen gesonderten Arbeitsplatz zu schaffen, in dessen Verantwortungsbereich es fällt, alle Daten nach dem Bundestransparenzgesetz zu katalogisieren, aufzubereiten und der Öffentlichkeit über eine Plattform zur Verfügung zu stellen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/22182 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26538 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27814 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/22182 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/26538 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 19/27814 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Marian Wendt
Berichterstatter

Sebastian Hartmann
Berichterstatter

Dr. Bernd Baumann
Berichterstatter

Dr. Gottfried Curio
Berichterstatter

Jochen Haug
Berichterstatter

Manuel Höferlin
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Marian Wendt, Sebastian Hartmann, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Jochen Haug, Manuel Höferlin, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke und Dr. Konstantin von Notz

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/22182** wurde in der 174. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. September 2020 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/26538** wurde in der 209. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Februar 2021 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache 19/27814** wurde in der 218. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. März 2021 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat in seiner 81. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/22182 empfohlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 119. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26538 empfohlen.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 153. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26538 empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 73. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26538 empfohlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 74. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26538 empfohlen.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat in seiner 81. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26538 empfohlen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 148. Sitzung am 5. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27814 empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 97. Sitzung am 5. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27814 empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 117. Sitzung am 5. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27814 empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat in seiner 112. Sitzung am 5. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27814 empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 93. Sitzung am 5. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27814 empfohlen.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat in seiner 81. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27814 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Inneres und Heimat hat die Vorlagen in seiner 141. Sitzung am 19. Mai 2021 abschließend beraten. Gegenstand der abschließenden Ausschussberatung war auch die zur Mitberatung überwiesene Unterrichtung durch die Bundesregierung mit dem Titel „Eckpunkte einer Datenstrategie der Bundesregierung“ auf Drucksache 19/16075, die der Ausschuss einvernehmlich zur Kenntnis genommen hat.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/22182 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26538 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27814 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 19. Mai 2021

Marian Wendt
Berichtersteller

Sebastian Hartmann
Berichtersteller

Dr. Bernd Baumann
Berichtersteller

Dr. Gottfried Curio
Berichtersteller

Jochen Haug
Berichtersteller

Manuel Höferlin
Berichtersteller

Dr. André Hahn
Berichtersteller

Ulla Jelpke
Berichterstellerin

Dr. Konstantin von Notz
Berichtersteller

